

Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter Deutschlands.

Nr. 3.

Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern gratis zugestellt. — Für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von 1,50 Mk. pro Quartal zu beziehen. — Inseratentnahme nur gegen Vorausbezahlung. — Verbindungen nur: Postfachkonto 7718 Köln.

Köln, den 19. Januar 1912.

Inserationspreis für die vierteljährliche Pottzelle 30 Pfg. Stellengesuche und Angebote, sowie Anzeigen der Zahlstellen kosten die Hälfte. Redaktion und Expedition befinden sich Köln, Palmstraße 14. Telefonsruf B. 1248. — Redaktionschluss ist Dienstag Mittag.

13. Jahrg.

Arbeiter und Staatspolitik.

Wenn eine Kriegsgefahr droht, die man noch abwenden kann, spricht man mit Recht von der furchtbaren Folgen eines unglücklich ausfallenden Krieges. Man zählt nicht nur die Opfer an Menschenleben auf, sondern auch die nach Milliarden gehenden Kriegsaufwendungen, die gleich hohen, an den Sieger zu zahlenden Kriegsschädigungen, nicht minder spricht man von der gewaltigen Störung des gesamten Wirtschaftslebens; man weist darauf hin, daß Völker, die auf den Weltmarkt angewiesen sind, dabei diesen zu einem großen Teile vielleicht unwiederbringlich verlieren. Aber ebenso ernst sollte man auch sprechen von den furchtbaren Folgen einer falschen auswärtigen Wirtschaftspolitik, einer falschen inneren Politik. Man zählt in der Weltgeschichte nicht bloß die infolge falscher Maßnahmen verlorenen Schlachten, die einen Krieg entschieden, sondern ebenso oft muß man das Unglück mancher Länder zurückführen auf falsche Maßnahmen der leitenden Staatsmänner, die sich von falschen Behauptungen misleiten ließen oder die Entwicklung der Zukunft falsch deuteten. Früher, als die breite Masse des Volkes keinen Einfluß auf die Leitung der Staatsgeschäfte hatte, konnte man die ganze Schuld abwägen auf die Könige und ihre Räte, auf die enge Schicht der herrschenden Klassen. Heute aber trägt das gesamte Volk, dank des allgemeinen Wahlrechts, volle Mitverantwortung, wie für die auswärtige Politik, so vor allem für die innere Politik des Staatswesens.

Dabei ist im Auge zu behalten, daß im letzten Jahrhundert die Aufgaben und Vollmachten des Staates sich gegen früher um ein Vielfaches vermehrt haben. Mit Rücksicht auf die Interessen des Arbeiterlandes nennen wir nur zwei große neue Aufgaben: die Regelung der Wirtschaftspolitik und der Sozialpolitik. Deutschland hatte 1910 eine Einfuhr von 8,6 Milliarden, eine Ausfuhr von 7,5 Milliarden. Mühsam hat sich Deutschland seine Stellung auf dem Weltmarkt erkämpfen müssen. Davon, ob es diese Stellung nicht bloß wahrt, sondern trotz des verschärften Wettbewerbs anderer Völker sie noch auszuweiten vermag, hängt es ab, ob viele Hunderttausende von Arbeitern in ihrem Vaterlande überhaupt Beschäftigung und Brot finden. Eine unglückliche Wendung in der deutschen Wirtschaftspolitik — und der neue Reichstag wird die Vorarbeiten für die Erneuerung unserer wichtigsten Handelsverträge zu treffen haben — würde vielen Hunderttausenden von Arbeitern überhaupt die Möglichkeit nehmen, Arbeit zu finden, und durch die Fälligkeit des Arbeitsmarktes die Arbeits- und Lohnverhältnisse der übrigen gewerblichen Arbeiter in hohem Maße verschlechtern, gar nicht zu gedenken der ungünstigen Rückwirkungen auf unser gesamtes Gewerbe und die ganze Landwirtschaft. Ein Fehlschlag in der deutschen Wirtschaftspolitik machte nicht bloß jeden Fortschritt in der Sozialpolitik unmöglich — die deutschen Arbeiter hoffen noch manche Wünsche an die Sozialreform erfüllt zu sehen —, sondern was bisher in der Sozialpolitik erreicht wurde, wäre zum Teil gefährdet, würde vor allem aber in weitem Maße auf der ganzen Linie unwirksam. Wenn nicht genügende oder nicht lohnende Arbeit vorhanden ist, sind auch die stärksten Gewerkschaften machtlos. Eine gute Wirtschaftspolitik ist eben die unentbehrliche Voraussetzung jeder guten Sozialpolitik.

Aus diesen kurzen Andeutungen schon ergibt sich, welche gewaltigen, nach Milliarden zählenden Wertgüter die deutsche Staatspolitik in Mitverwaltung hat. Wie ist man doch so scharf, im Beurteilen wenn z. B. die Leitung einer Aktiengesellschaft mit einem mehrere Millionen zählenden Kapital leichtsinnig oder fahrlässig vorgeht, und das Unternehmen zum Fall und die Aktionäre um ihr Hab und Gut bringt. Wie tadelt man die Aufsichtsräte, die nicht aufgepaßt oder nicht besonnen gehandelt haben. Wie ganz anders scharfe Worte muß man dann aber finden, wenn man beobachtet, daß breite Wählermassen, welche die Wähler und Aufsichtsräte der deutschen Wirtschaftspolitik zu entsenden haben, bei den Wahlen reden und handeln, ohne auch nur daran zu denken, daß die gewählten Abgeordneten und deren Parteien mit falschen Maßnahmen ein ganzes Land ins Unglück bringen können, und zwar ein größeres Unglück, als es selbst durch einen unglücklichen Krieg geschehen würde. Wenn Aktionäre den Aufsichtsrat wählen, verlangen sie von diesem, daß er mit größter Sorgfalt und Besonnenheit das bisher gesunde Unternehmen fortführe; man wählt deshalb Männer, bei denen man Sachkenntnis und tüchtige Besonnenheit voraussetzen kann; Draufgänger, vor allem Allersweltswisser und solche, deren Programm es ist, zunächst mal alles Bestehende auf den Kopf zu stellen, weiß man verächtlich beiseite. Man verpflichtet die Aufsichtsräte, jeden neuen Reformplan erst zehn- und zwanzigmal zu prüfen und neue Maßnahmen, wenn man sie für erfolgversprechend hält, erst im Kleinen auszuprobieren. Ist es demgegenüber nicht un-

verantwortlich, wenn z. B. die Sozialdemokratie nicht bloß unsere deutsche Wirtschaftspolitik in Grund und Boden verdammt und lieber heute wie morgen einen ganz entgegengesetzten Weg eingeschlagen sehen möchte? wenn sie überhaupt alles und jedes in der bestehenden Gesellschaftsordnung restlos in Grund und Boden verurteilt, stets Oppositionspolitik treibt, die Klassen gegeneinander verhetzt und am Ende gar allen Ernstes als ihr einziges Ziel hinstellt, die Mehrheit im Reichstag und damit die Klinken der Gesetzgebung in die Hand zu bekommen, um dann eine ganz neue Gesellschaftsordnung aus dem Boden zu stampfen? So etwas zu wollen, haben sich die genialsten Eroberer, die größten Staatsmänner nie im Traum einfallen lassen. Um das verwickelte Getriebe unseres Wirtschafts- und Gesellschaftslebens in Ordnung zu halten, bemühen sich Millionen fähige Köpfe in sorgfältiger Kleinarbeit. Würden die Genossen hierzu fähig sein? Bieten sie irgendwie die Gewähr es besser machen zu können? Nein! Alle Achtung vor der Kenntnis der Arbeitsverhältnisse, die manche sozialdemokratische Abgeordnete aufweisen. Manche kennen sich auch in den Gesetzesbestimmungen aus, soweit sie die Arbeiter betreffen. Aber sofern es sich um Fragen des großen Wirtschaftslebens handelt, ist die Weisheit sehr gering, die die Genossen vorzutragen haben. Daß Sozialdemokraten einen Zigarrenladen, eine Gastwirtschaft, einen Konsumverein oder eine Buchdruckerei mittlern Umfangs verwalten, ist der einzige wirtschaftliche Befähigungsnachweis, den diese Leute aufweisen. Sie berufen sich zwar darauf, daß ihre Stubengelehrten das Wesen der kapitalistischen Wirtschaft restlos ergründet hätten. Sie nennen uns Karl Marx und sagen, daß es klar bewiesen sei, wie die kapitalistische Wirtschaftsordnung naturgemäß in den Sozialismus hineinwache. Und dabei haben Parteigenossen aus den eigenen Reihen längst zugeben müssen, was die sonst von den Sozialdemokraten verhimmelte Wissenschaft von Anfang an dargetan hat, daß die meisten Voraussetzungen für die Folgerungen des Erfurter Programms durch die Entwicklung der Dinge als falsch erwiesen seien. Trotzdem schleppen sie ihr Erfurter Programm weiter in die Agitation mit sich und halten an der falschen Politik fest, die auf jenen falschen Voraussetzungen einst aufgebaut wurde.

Haben wir da nicht recht, wenn wir als ersten Leitsatz, den die Arbeiter bei ihrer Stellungnahme zur Staatspolitik vor Augen halten müssen, den einen in den Vordergrund stellen, daß sie zunächst einmal sich klarmachen müssen, welche große Verantwortung auch für das eigene Wohl, ja für die Sicherheit ihrer Existenz die Arbeiter auf sich laden, wenn sie über die großen Fragen unserer Staatspolitik, insbesondere der Wirtschafts- und Sozialpolitik mitentscheiden müssen. Mit Recht können wir sagen, daß es sich da um die Existenz der Arbeiter handelt, denn den besitzlosen Arbeiter trifft Mangel an Arbeitsgelegenheit oder Mangel an lohnender Arbeit viel härter, wie böse Zeiten die selbständige erwerbsfähige Bevölkerung in der Landwirtschaft, im gewerblichen Mittelstand in Mitleidenhaft ziehen, gar nicht zu reden von den sogenannten besitzenden Klassen, die über ein mehr oder minder beträchtliches Vermögen verfügen. Und wenn leider die Sozialdemokratie große Massen unaufgeklärter Arbeiter durch Verhetzung in ihren Bann gezogen hat, dann fällt nunmehr die ganze Verantwortung für eine gedeihliche staatspolitische Regelung der Arbeiterinteressen mit ganzer Wucht auf die christlichen Arbeiter, die ehrlich daran arbeiten, Schritt für Schritt Einsitz auf die Gesetzgebung zu gewinnen, um gleichberechtigt neben den übrigen Ständen auf die Staatspolitik einzuwirken zum Wohle der Gesamtheit und damit auch zum Wohle der Arbeiter. Seien wir darum, so schreibt das Organ unseres Bruderverbandes die „Zentral- Arbeiter-Zeitung“, unserer Pflicht stets bewußt.

Von den bayerischen Scharfmachern.

Der „Bayerische Industriellen-Verband“, der am Jahreschluss seinen Mitgliedern den Bericht über das Geschäftsjahr 1910—11 übergab, umfasst 710 Einzelmitglieder und 20 Verbände mit nahezu 3000 Mitgliedern. Unter den Mitgliedern finden wir nicht nur die bedeutendsten Firmen der Holzindustrie Bayerns, sondern auch eine Reihe kleinerer, so daß es auch für unsere Kollegen von Interesse ist, was sich in dieser Arbeitgeberorganisation abspielt. Nach seinem „Arbeitsprogramm“ nimmt der B. I. V. Stellung zu allen Fragen des wirtschaftlichen Lebens. Auch der Sozialpolitik wendet er sein Interesse zu; er hält eine wirksame Propaganda für eine rationelle Sozialpolitik im Interesse der Industrie sowohl in Bayern als auch im Reich für eine der wichtigsten Aufgaben jedes industriellen Verbandes. Was darunter zu verstehen ist, wird uns auf anderen Blättern des Berichtes verraten.

So wird es z. B. als erfreulich bezeichnet, daß der von der Abgeordnetenversammlung bereits angenommene Richtungs-

im Bergbau wieder zu Fall kam, weil eine solche Maßregel für die gesamte Industrie von weittragender Bedeutung gewesen wäre. Sodann wandte sich der B. I. V. gegen die „übermäßige“ Begünstigung der Handwerkerorganisationen bei Vergabe von Staatsaufträgen. Die vom Hansabund ausgearbeiteten Submissionsvorschriften, die den Regierungen als Muster dienen sollen, fanden die Zustimmung des B. I. V. nicht, weil die Streikklausel nicht darin enthalten war. Am besten wird aber die „wirksame Propaganda des B. I. V. für eine rationelle Sozialpolitik“ von dem Syndikus Dr. Kublo charakterisiert, der sich dahingehend äußerte, daß die letzten Jahre eine ganze Flut von Gesetzen z. B. brachten, und daß die daraus entstehenden Lasten einen ganz bedeutenden Umfang angenommen hätten. Daß das vielumstrittene Arbeitskammergesetz glücklich in der Verfertigung verschwunden sei, wird mit Befriedigung festgestellt. Diesem Gesetz soll nach Ansicht des Syndikus niemand eine Träne nachweinen, weil es nicht zu einer Verständigung, sondern zu einer Verschärfung der Gegensätze beigetragen hätte. An dem Heimarbeitgesetz, das unter dem verkappten Namen der Sachauschüsse die heftig bekämpften Lohnämter gebracht habe, und an der Privatbeamtenversicherung kann, wie es in dem Bericht heißt, die Industrie recht wenig Freude haben.

Nun soll speziell Bayern besonders unter sozialpolitischem Uebereifer zu leiden haben, weil den Gemeinden die Durchführung der Arbeitslosenversicherung empfohlen wurde. Als wünschenswerter wird ein besserer Schutz der Arbeitswilligen bezeichnet. Wir verkennen gar nicht, daß der Terrorismus der „Genossen“ einen solchen Wunsch manchmal gerechtfertigt erscheinen läßt, allein die Forderung nach besserem Schutz der Arbeitswilligen richtet sich gegen jede gewerkschaftliche Organisation. Nicht unerwähnt soll bleiben, daß der B. I. V. im Verein mit den übrigen industriellen Verbänden im Reich ein Verbot des Streikpostens anstrebt.

Nach diesen Ergüssen wird das alte Lied wieder angeklungen, daß auf dem Gebiete der Sozialpolitik, auf dem so stürmisch vorgegangen worden sei, der Bogen nicht überspannt werden dürfe, denn der Druck, den die Gewerkschaften ausüben, sei ohnehin schon unerträglich geworden, so daß die Industrie mit schweren Besorgnissen der Zukunft entgegenstehe. Die Regierung solle größte Zurückhaltung ausüben, ist der Stoffsprenger des B. I. V. Das heißen die Herren vom Industriellenverband „Propaganda für Sozialpolitik!“

Der B. I. V. versteht es ebenbürtig wie seine Brüder im Norden der Regierung keine „Wünsche“ zu unterbreiten. Als das Staatsministerium wurde eine Denkschrift, die aus Zweckmäßigkeitsgründen nicht veröffentlicht wurde, wie in dem Bericht ausdrücklich bemerkt ist, mit den Wünschen der Industriellen gerichtet. Aus den Andeutungen, welche darüber gemacht sind, geht deutlich genug hervor, daß diese Wünsche sich besonders befeindeten waren. Ausführlich, heißt es, sprach sich die Denkschrift über die Sozialpolitik aus, so insbesondere über die Arbeitslosenversicherung, die Streikklausel, die staatliche gemeindliche Vermittlung bei Arbeitskämpfen, die Verkürzung der Arbeitszeit in staatlichen Betrieben, die Tätigkeit der Fabrikinspektoren usw. Welcher Art diese Wünsche waren, läßt sich unschwer aus dem Borgelegten erraten.

Als nicht besonders günstig wird die allgemeine wirtschaftliche Lage geschildert. Die politischen Verwickelungen beeinflussten das Wirtschaftsleben; es sei der Beschäftigungsgrad zufriedenstellend gewesen, doch ständen nicht überall die erzielten Gewinne damit in Einklang. Beachtenswert ist besonders, daß sich die Rentabilität der Brauereien günstig gestaltet als im Vorjahre — und das trotz oder wegen der höheren Biersteuer!

Ueber die Holzindustrie wird gesagt, daß die Sägeindustrie im großen und ganzen zufrieden sein kann. Die direkt auf den Markt liefernden Werke haben gute Beschäftigung und auch ständig ordentliche Preise gehabt; die Produktion für die Städte profitierte von der vermehrten Bautätigkeit. Ueber den Geschäftsgang in der Kleinstindustrie wird gesagt, daß derselbe im allgemeinen bei allen Fabriken lebhaft gewesen sei, trotz der durch den Tarifvertrag erhöhten Löhne. Auch in der Hirschenindustrie war der Geschäftsgang ein zufriedenstellender. Ueber die übrigen Holz verarbeitenden Zweige ist nichts Näheres berichtet.

Unsere Kollegen in Bayern und im Reich erfahren aus der kurzen Wiedergabe der wichtigsten Punkte des Berichtes, daß wir Veranlassung haben, nicht achlos an der Tätigkeit der Industriellen-Verbände vorbeizugehen. Berücksichtigen wir, daß bei den Mitgliedern des B. I. V. rund 200 000 Arbeiter beschäftigt sind, ergibt sich die Folgerung für uns von selbst. Der B. I. V. stellt heute schon einen wirtschaftlichen Machtfaktor dar, der sich immer mehr härt und dessen Einfluß, besonders bei der Regierung, nicht zu unterschätzen ist. Deshalb heißt es für uns, unerwähnt für unseren Verband und die christliche Gewerkschaftsbewegung tätig zu sein.

Sitz Neueregelung des Hilfskassenwesens.

II.

Es ist auch nicht richtig, daß in Zukunft für die freien Hilfskassen eine bestimmte Zahl Mitglieder vorgehoben ist. Eine Ausnahme ist bezüglich der Mitgliederzahl aber doch getroffen, und zwar dann, wenn die Hilfskassen über ihren eigentlichen Rahmen heranzutreten wollen — wenn sie für ihre Mitglieder die gesetzlichen Kassen (Orts-Betriebs-Zuningskassen) ersetzen wollen, derart, daß ihre Mitglieder sich von der Zugehörigkeit zu den gesetzlichen Kassen befreien können. Ertragkassen heißen diese Hilfskassen in der Zukunft; bis zum Inkrafttreten der Reichsversicherungsordnung, die auch die Verhältnisse dieser Ertragkassen noch besonders regelt, heißen sie eingeschriebene Hilfskassen auf Grund des § 75a des gegenwärtig noch geltenden Krankenversicherungsgesetzes. Auch diese Ertragkassen unterstehen in Zukunft dem Versicherungsaufsichtsgesetz. Die bereits bestehenden eingeschriebenen Hilfskassen, die in Zukunft nicht als Ertragkassen zugelassen werden können, weil sie nicht mindestens 250 Mitglieder haben, brauchen sich deshalb aber nicht aufzulösen; ihr Rechtsverhältnis ändert sich außerdem, daß sie, wie alle Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit zum Betribe der Versicherung ihrer Mitglieder gegen Krankheit (eingeschriebene freie Hilfskassen), in Zukunft, wie eingehend dargelegt, dem Versicherungsaufsichtsgesetz unterstehen, nur dadurch, daß sie nicht Ertragkassen werden können und ihre Verschreibung wie auch die der über 250 Mitglieder zählenden gleichartigen Kassen, auf Grund des § 75a des Krankenversicherungsgesetzes erlischt. Jede jetzt schon bestehende Hilfskasse, die als Ertragkasse im Sinne der Reichsversicherungsordnung zugelassen werden will, muß demnach erst daran eintreten; nach Inkrafttreten der Reichsversicherungsordnung gegründete Hilfskassen können nicht Ertragkassen werden. Es soll hier gleich bemerkt werden, daß die besonderen Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung über die Ertragkassen deshalb erforderlich sind, weil diese Art Hilfskassen ja als Ertragkassen die gesetzliche Krankenversicherung ihrer Mitglieder ersetzen wollen; daß das nur unter bestimmten Voraussetzungen, vor allem betreffs Leistung dieser Kassen usw., geschehen kann, ist selbstverständlich. Die übrigen Hilfskassen sind ja nicht gedacht als Einrichtungen zur Durchführung der gesetzlichen (Zwangs-) Krankenversicherung, sondern als freie Gebilde, zu denen niemand beizutreten verpflichtet ist.

Nach dieser Abweichung von unserem eigentlichen Behandlungssstoff, nämlich der zukünftigen allgemeinen Rechtsstellung der freien Hilfskassen infolge Aufhebung des Hilfskassengesetzes, haben wir noch zu bemerken, daß bei ihrer Ummittelung unter das Versicherungsaufsichtsgesetz neben den bereits erwähnten noch folgende weitere besondere Bestimmungen gelten:

1. Versicherungsvereine (Hilfskassen), deren Leistungen sich im Rahmen der Leistungen der gesetzlichen Krankenkassen halten (§ 179 der Reichsversicherungsordnung), also z. B. nicht dement hoches Sterbegeld zahlen, daß sie eigentlich als Lebensversicherungen zu gelten haben, und sich nur als Hilfskassen ausgeben, um den für diese geltenden strengen Bestimmungen zu unterziehen, sind als freie Vereine im Sinne des § 53 des Versicherungsaufsichtsgesetzes anzuerkennen, was zur Folge hat, daß:

a) die Bestimmungen des Handelsgesetzbuches auf ihre Verfassung und Verwaltung keine Anwendung finden (auf Antrag der Vereine kann die Aufsichtsbekörde anders bestimmen); diese Richtungsabänderung der handelsrechtlichen Bestimmungen bewirkt, daß die Statuten der Firma und aller Veränderungen in der Verfassung des Vereins (Hilfskassen) und in seinen Satzungen nicht im Handelsregister zu erfolgen hat, wie das sonst gebräuchlich war; daß ferner die Vereine (Hilfskassen) nicht gehalten sind, die Geschäftsberichte ihrer Generalversammlungen durch einen Notar beurkunden zu lassen; daß sie auch nicht verpflichtet sind, ihre Beschlüsse im „Reichsanzeiger“ zu veröffentlichen.

b) diese Versicherungsvereine (Hilfskassen) nicht eine Rüchlage nach den für die übrigen dem Versicherungsaufsichtsgesetz unterstehenden Versicherungsunternehmen zu machen haben (was bei den versicherungsmathematischen Berechnungen der Versicherungs-mathematiker ein Vorrecht für die Hilfskassen werden könnte).

sondern wie bisher nur im Mindestbetrage der Jahresausgabe nach dem Durchschnitt der letzten fünf Jahre. So lange die Rüchlage diese Höhe nicht erreicht hat, ist ihr mindestens ein Zwanzigstel (in § 25 des noch geltenden Hilfskassengesetzes und in der Regierungsvorlage steht ein Zehntel; es hat also jetzt eine Erleichterung stattgefunden) des Jahresbetrages der Mitgliederbeiträge zuzuführen. Noch andere Erleichterungen, die hier nicht alle wiedergegeben werden brauchen, sind vorgehoben.

2. Bei den hier in Betracht kommenden Vereinen (Hilfskassen) muß die Generalversammlung mindestens vier Wochen vor ihrem Zusammentreten auf dem in der Satzung festgelegten Wege ausgeschrieben werden. Sind nach der Satzung Vertreter der Versicherten zu wählen, so muß der Tag der Wahl mindestens vier Wochen vorher bekannt gemacht werden. Es muß zwischen dem Tage der Wahl und dem Zusammentreten der Generalversammlung eine Frist von mindestens 14 Tagen liegen. Den gewählten Vertretern müssen die Reisefkosten innerhalb des Reichsgebietes und die sonstigen Auslagen, sowie der entgangene Arbeitsverdienst nach näherer Bestimmung der Satzung ersetzt werden.

Diese Bestimmung ist auf Antrag der Reichstagskommission aufgenommen worden, um bei den großen Hilfskassen eine größere Beteiligung an der Generalversammlung und damit eine wirksamere Kontrolle der Kassenführung usw. durch die Mitglieder zu ermöglichen.

3. Bei diesen Vereinen (Hilfskassen) kann der Rechtsweg wegen der den Mitgliedern zustehenden Ansprüche nicht ausgeschlossen werden. Jedoch bleiben Bestimmungen, wonach über den Anspruch eines Mitgliedes oder über einzelne Voraussetzungen des Anspruchs ein Schiedsgericht stattfinden soll, mit der Maßgabe zulässig, daß die Entscheidung das Mitglied erst bindet, wenn seit ihrer Mitteilung an das Mitglied ein Monat verstrichen ist und nicht innerhalb dieser Frist das Mitglied Klage erhoben hat.

Auch diese Bestimmung ist auf Antrag der Reichstagskommission vom Reichstag in das Gesetz hineingeschrieben worden, um den Versicherten unter allen Umständen den Weg der Klage an das ordentliche Gericht (Amtsgericht, Landgericht usw.) offen zuhalten, der ihnen bislang durch Statutenbestimmungen der Hilfskassen sehr oft abgeschnitten war, vielfach nicht zugunsten der Versicherten.

4. Endlich ist noch auf Antrag unserer Kollegen Becker und Behrens vom Reichstag beschlossen worden, daß vom Tage der Verkündung des Gesetzes über die Aufhebung des Hilfskassengesetzes (also sofort) der Beschluß einer eingeschriebenen Hilfskasse, sich mit anderen Unternehmungen zu vereinigen usw., der Genehmigung der zuständigen Behörde bedarf. Es entspann sich über diese Bestimmung zwischen dem Kollegen Becker und dem Sozialdemokraten Hoch eine heftige Auseinandersetzung im Plenum des Reichstags. Kollege Becker verteidigte die Bestimmung, weil auf Grund unansehnlichen Materials sich immer mehr das Bestreben der in sozialdemokratischen Händen liegenden Hilfskassen (z. B. Braunschweiger Schneiderkassen) bemerkbar mache, sich mit den sozialdemokratischen Gewerkschaften zu verschmelzen. Sozialdemokratische Blätter, wie Karlsruhe „Vollstreuer“ und „Metallarbeiterzeitung“, haben direkt zu solchen Verschmelzungen ermutigt. Um gegen Becker polemisieren zu können, wurde es von dem „Genossen“ Hoch so dargestellt, als habe Becker schon vor erfolgter Verschmelzung der Braunschweiger Schneiderkassen mit dem sozialdemokratischen Schneiderverband gesprochen, während er nur die Bestrebungen solcher Verschmelzungen konstatiert hat, die schon Anlaß genug wären zu einer solchen, von ihm (Becker) beantragten Bestimmung. Denn bei solcher Verschmelzung müßten, wollten die nicht-sozialdemokratischen Mitglieder solcher Hilfskassen ihre Anrechte nicht verlieren, sie Mitglieder der sozialdemokratischen Gewerkschaften werden, obgleich sie sonst nichts damit zu tun haben wollten. Aber auch dann, wenn bei solchen Verschmelzungen den nicht-sozialdemokratischen Mitgliedern auf ihren Wunsch ihr Vermögensanteil der Kasse zurückgegeben würde, wären sie durch eine solche Verschmelzung doch sehr geschädigt, denn nach

einem bestimmten Alter würden viele solcher Versicherten in einer anderen Kasse nicht mehr aufgenommen; es würde ihnen also, wenn sie sich nicht „verschmelzen“ lassen wollten durch die Verschmelzung die Möglichkeit genommen, noch in eine Hilfskasse als Zuschußkassen zu ihrem gesetzlichen Krankengeld anzugehören.

Kein gerecht denkender kann leugnen, daß die Kollegen Becker und Behrens mit ihrem Antrage das Richtige getroffen haben. Dieses Vorhaben der Sozialdemokraten (Verschmelzung der Kassen mit den roten Verbänden) wollen sich unsere Mitglieder gut merken, damit sie es den sozialdemokratischen Parteikollegen kräftig um „die Ohren schlagen können, falls sie mal wieder leugnen sollten, daß die Sozialdemokraten die sozialen Einrichtungen (Krankenkassen und dergleichen) für ihre politischen Zwecke mißbrauchten.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Im Interesse der Kollegen machen wir darauf aufmerksam, daß mit dem Ercheinungstage dieser Nummer der 3. Wochenbeitrag für die Zeit vom 14. bis 20. Januar fällig ist.

Berichte aus den Zahlstellen.

Osternode. Die „Holzarbeiter-Zeitung“ bringt in der Nr. 1 einen Bericht ihres Genossen Männelhoff über eine christlich-berufliche Versammlung in Osternode. Die Holzarbeiter-Zeitung beginnt das neue Jahr sofort mit Unwahrheiten. Sie schreibt, Piarer Fickröder habe eine Versammlung einberufen. Der Berichterstatter der „Holzarbeiter-Zeitung“ hatte den Einladungszettel in der Hand, und weiß er ganz genau, daß der Einberufer der Versammlung des Bezirksratskanzlers Danzig, Kollege Kaufner war. Er sagt also wider besseres Wissen die Unwahrheit. Piarer Fickröder hat an der Versammlung nicht einmal teilgenommen. Was Tagesordnung gibt Männelhoff an: „Vortrag des Bezirksleiters Schopohl über „die christlichen Gewerkschaften und ihre Neutralität“. Sollte wirklich Männelhoff so die Tagesordnung umgedeutet haben, oder hat die Redaktion der „Holzarbeiter-Zeitung“ sie so umgedeutet? Ueber die Neutralität der christlichen Gewerkschaften braucht man nicht reden, die steht fest. Schopohl redete vielmehr über „das wahre Gesicht der „freien“ (sozialdemokr.) Gewerkschaften“. Hat man im roten Lager Angst, das Thema richtig anzugehen, oder hört auch derjenige, der so unwillkürlich das Thema stranguliert, zu den „verfäulenden Gehirnen“ Auer's? Bald könnte man es glauben. Männelhoff erzählt, daß er um 1903 herum in Münster in unserm Verbandsrat Mitglied gewesen sei. Damals habe „ein Geistlicher an der Spitze der christlichen Gewerkschaften gestanden“. Als Schopohl Beweise forderte, hörte man nur ein dummes Lachen. Unsere Münsterischen Kollegen werden jedenfalls über diese Mär des Kumpels verwundert den Kopf schütteln. Große Bedeutung legt die „Holzarbeiter-Zeitung“ resp. ihr Berichterstatter den Ausführungen ihres „Genossen“ Zielwsk bei. Sie waren ein Sammelfurium von Gemeinheiten und zeigten, daß die Genossen es gewöhnt sind, sich im Schmutz zu wälzen. Dieser Mann, der erst den christlichen Gewerkschaften vorwarf, sie wären Zentrums-Gewerkschaften, im selben Satz aber sagte, Schopohl wolle für die nationalliberale Partei eine Wahlversammlung abhalten, beschäftigt sich mit der Erzählung von Stillschließensverbrechen, so daß den Schweinereien durch die Wortziehung ein Ende gesetzt werden mußte. Die „Holzarbeiter-Zeitung“ kann stolz auf solche „Genossen“ sein; wir verzichten gern auf diese. Weiter schwindelt der Berichterstatter, daß „ein Maurer aus Alenftein mit dem hiesigen Kaplan“ die Versammlung habe leiten müssen. Sind die „Genossen“ Männelhoff und Zielwsk denn blind gewesen, daß sie nicht haben können, daß der Kaplan an einem Nebentisch und nicht am Vorstandstisch während der Versammlung gesessen hat? Also nichts wie Schwindel! Lassen wir die Gesellschaft weiter schimpfen; auch in Osternode hält die christliche Gewerkschaftsbewegung ihren Einzug.

Das Inhaltsverzeichnis.

Es steht wieder mal nichts in Blatt“, sagt da ein Kollege, und er legt das Verbandsorgan mitleidig beiseite. Die vier Seiten können ja nichts bringen“, sagt ein anderer, und sagt er dabei den festen Vorsatz, in der Jahrsliste einen Antrag durchzubringen, der die regelmäßige achtseitige Herausgabe des Organs bezwecken soll. — Ein Gewerkschaftsblatt ist kein General-Anzeiger. Der prädicliche und lässliche Geschäftsliche Notizen, umfassende Mitgliedsliste z. h. n. n. will, der darf ganz gewiß nicht zu einem Gewerkschaftsblatte greifen. Es liegt nun einmal in seiner Natur, daß es „genau“ ist. Von Sensation keine Spur. Der irische Stoff, den unsere Gewerkschaftler erstehen, soll ja auch in erster Linie dem Verband beschäftigen. Für Herz und Gemüt kann ein Jahrsblatt recht wenig und auch dann nur so nebenbei bringen. Beun's also heißt: „Es steht mal wieder nichts in Organ.“ So bedeutet das nicht anders, als daß die „leichte Kost“, nämlich auch die „Paprika-Kost“ ist, die gerade verlangt wird. Und derjenige, die mehr wie 4 Seiten gewerkschaftlichen Stoffes abzuwickeln lesen wollen, dürfen's nicht abswiel sein. Die meisten sind froh, wenn sie das Scheitern im Gefühl des Ruffens geistig verheben haben.

Das Verbandsorgan in seinem heutigen Umfange bietet kaum noch im Jahr eine ganz entsprechende Menge Stoff. Das Inhaltsverzeichnis für den Jahrgang 1911 zeigt uns das, was gelesen wurde. Nicht mehr 4 Seiten umfassen wir es, sondern 232. Aus den einzelnen Blättern ist ein einzelnes Buch geworden. Dazu dann noch die „Ankündigung“ der Kollegen, die weitere 48 Seiten einnimmt. Kollegen und Mitarbeiter, die ein reges Interesse am Ver-

binden, damit sie stets ein Nachschlagewerk über den jeweiligen Stand unserer Organisation, der gewerkschaftlichen Lage und über einzelne wichtige Vorkommnisse haben. Das sechsseitige Inhaltsverzeichnis liefert die Geschäftsstelle des Verbandes umsonst, trotz der Heidenarbeit, die es gemacht hat und der nicht unbedeutenden materiellen Kosten; das Einbinden besorgt für wenig Geld jeder Buchbinder.

Im Inhaltsverzeichnis finden wir all die Abteilungen, die uns sonst auch im Organ begegnen. Zunächst längere Abhandlungen, Berichte über die verschiedenartigsten Fragen und Veranstaltungen. Ab und zu gibt's auch „unter dem Strich“ etwas zu lesen. Die Bekanntmachungen des Zentralvorstandes orientieren Mitglieder und Zahlstellenvorstände über Verwaltungsangelegenheiten des Verbandes; die Rubrik „Lohnbewegung“ schildert uns die Bestrebungen des Verbandes zur Förderung der wirtschaftlichen Lage der Kollegen. Berichte aus den Zahlstellen und den Verbandsbezirken zeigen uns die gewerkschaftliche Regsamkeit der Kollegen. Die Krankengeld-Zuschußkassen des Verbandes hat ebenfalls ihre eigene Rubrik. Und da der Tod das Ende aller Lebensweisen ist, kann der Teil des Verbandsorgans, der die Mitteilungen aus dem Verbandsleben bringt, kann auch anders enden als mit der Sterbetafel, die die Namen verstorbener Verbandsmitglieder anweist. Den Verbandsnachrichten folgen allgemeine gewerkschaftliche Mitteilungen, soziale Notizen, Vorgänge in Arbeitgebetreichen, Material aus der sozialen Rechtsprechung sowie schillernde Notizen aus dem gewerkschaftlichen Leben. Ab und zu gibt's dann noch Mitteilungen technischer Art und literarische Anzeigen. Den „Schwarz“ des Inhalts bilden der „Briefkasten“, die Adressenveränderungen und die Inserate.

Im Stoffreichtum ist so durchaus kein Mangel und daß es ein Stoff nicht fehle, das zeigt uns das Inhaltsverzeichnis. Auf alles eingegangen ist schier unmöglich. Nur einige Zahlen besonderer Art seien genannt, die uns bei der Durchsicht des

Jahrgangs 1911 des „Holzarbeiter“ auffallen: Fangen wir bei den Adressenänderungen an, so finden wir, daß 97 Zahlstellen eine Aenderung im Zahlstellenvorstande vornahmen. Das ist eine ziemlich beträchtliche Zahl, zumal daneben eine Anzahl Aenderungen laufen, die nicht im Organ vermerkt werden, sondern in dem alljährlich zweimal erscheinenden Adressenverzeichnis direkt berichtigt werden. — Soziale Wahlen wurden im Holzarbeiter 88 gemeldet. Berichte über Lohnbewegungen befanden sich im Organ in 105 Fällen. Das ist zweifelsohne nicht die Gesamtheit unserer Lohnbewegungen; eine ergiebiger Berichterstatter wäre deshalb schon zu wünschen. Auch die 88 Aenderungen in laufenden Tarifverträgen geben kein vollständiges Bild. Die sofortige Einstellung abgeschlossener Verträge in mehreren Exemplaren seitens der Zahlstellen ist eine unbedingte Notwendigkeit. Berichte aus den Zahlstellen und Fachsektionen wurden von 151 Stellen eingeliefert. Viel ist das gerade nicht. Wir haben heute in unserem Verbandsministerium 450 Gruppen, die regelmäßig Versammlungen abhalten. Nur ein Drittel dieser erachtete es der Mühe wert, von ihrem Leben und Treiben, von dem was sie und andere interessiert, im Organ Kenntnis zu geben. Von den Zahlstellen, die Berichte einlieferten, meldeten sich 28 zweimal, 7 dreimal, 4 viermal, 1 fünfmal und 3 sechsmal. In der Rubrik „Aus den Branchensektionen“ marschieren 12 Branchen mit 24 Berichten auf. Aus den Bekanntmachungen des Zentralvorstandes geht hervor, daß 84 Verbandsmitglieder im Jahre 1911 ihre Bücher verloren haben. Die Sterbetafel führt die Namen von 57 Verbandsmitgliedern (darunter eine Kollegin) auf, die im Jahre 1911 durch den Tod abberufen wurden. Auf dieses alles weist uns das Inhaltsverzeichnis hin. Sein Studium ist deshalb nicht minder wichtig als das des Organs selbst.

Wort-Selm: Am 7. Januar fand im Lokale Burkholz in un-unsere diesjährige Generalversammlung statt. Der Besuch ein guter. Es ist dies ein Beweis, daß der Organisations-ante bei unseren Kollegen der ländlichen Gebiete des Fürstentums immer mehr Wurzel faßt. Den Jahresbericht erstattetelege Kasberg. Er gab einen kurzen Rückblick auf das Jahr 1911, welches der Ortsgruppe Wort-Selm eine Zunahme von Kollegen gebracht habe. Die Kollegen sollten auch in Zukunft der Agitation nicht erlahmen; besonders müßten sie auch außerhalb der Versammlungen sich als Gewerkschaftler bekennen und tätig sein. Auf den Gebrauch der Bibliothek müsse mehr Gewicht gelegt werden, damit die Kollegen dem Gegner gegenüber Rede und Antwort stehen könnten. In der Diskussion wurde besonders der Vertrieb von Kleinschriften (10 Pfg. Broschüren) hin-geleitet. In der Vorstandswahl wurden die Kollegen Kasberg als 1. und Sagen als 2. Vorstandsmitglied gewählt. Als Schriftföhrer wurde gewählt der Kollege Jäger, als Schriftföhrer Kollege Dverteil, als Beisitzer Kollege Röhre-Cappena, als Vertrauensmann Kollege Junemann, Kollege Hille Dortmund, welcher in der Versammlung anwesend war, gab Kollegen einige Winke für die Agitation im Jahre 1912, welche die Erneuerung unseres Tarifvertrages mit sich bringe. Vor allem hieße es, die am Orte noch indifferenten Kollegen auf-zulären. Nicht bloß um materielle Vorteile zu erlangen, sondern uns zusammen in den christlich-nationalen Gewerkschaften, über den Kampf um die Erhaltung unserer idealen Güter, zu den Bekämpfung unserer Gegner kein Mittel so schlecht wäre, wie jedem christlich denkenden Arbeiter die Notwendigkeit einer christlichen Gewerkschaftsbewegung vor Augen führen. Gerade der differentenismus sei es, welcher den Monopolbestrebungen unserer Gegner den Rücken stärke. Die hierauf folgende Aussprache er-zeigte die schönsten Hoffnungen für das neue Jahr. Mögen alle sich nicht un-

Windisch-Göhenbach. Am Samstag, den 6. Januar, hielt diese Ortsgruppe die diesjährige Generalversammlung ab. Der Vorsitzende, Kollege Birkner, gab einleitend einen Überblick über das verfllossene Jahr. Er freute sich besonders die Erfolge, die die Organisation durch die Lohnbewegung im vergangenen Jahr bei der Firma Beger errungen hat. Weiter kennzeichnete er die Entwicklung der Zahlstelle als eine erfreuliche. Mitgliederzahl stieg von 52 bei der letzten Generalversamm-ung auf 73. Bei der Neuwahl des Vorstandes wurde der alte Vorstand fast vollständig mit großer Mehrheit wiedergewählt. Dar-über hinaus wurde der Ortsleiter, Kollege Erpenbeck, einen kurzen Vortrag über die Aufgaben der Mitglieder und des Vorstandes neuen Jahres. Er begrüßte es besonders, daß sich in letzter Zeit besonders viel Kolleginnen der Organisation angeschlossen haben. Wenn diese in der Organisation so weiter arbeiteten, dann können in Windisch-Göhenbach bald mehr Frauen wie Männer organisiert. Die Frauen würden denn auch schon dafür sorgen, den Männern die Schlafmützen von den Ohren gezogen zu werden. Mit dem Ergebnis, daß für die nächsten Quartalsitzung 100 Mitglieder in der Zahlstelle vorhanden wären, ließ der Vorsitzende die schon verlassene Generalversammlung. Freiburg i. Br. Daß es in Freiburg noch eine Werkstätte gibt, in der es einem christlich-organisierten Kollegen unmöglich ist zu arbeiten, sollte man eigentlich nicht für möglich halten. Und so ist dem so. Fring da am 9. Januar, ein aus Stuttgart zu-gekehrter Kollege in einer größeren Schreinerwerkstatt im Stadtteil Uhlingen, zu arbeiten an. Die erste Frage, die an ihn ge-richtet wurde, war: "Bist du im Verband?" Unser Kollege: "Ja." "In welchem Verband?" — "Im christlichen Holzarbeiter-Verband." — "Schon lange?" — "Schon 6 Jahre!" — Des-wegen wurden dann die christlichen Arbeiter geschmackvoll "Schälstein" genannt, die sich von ihren Führern anlassen lassen auf jede Frage die ein "Ja" antwortet mit einem "hah" antworten. Am Mittwoch den 10. ds. Mts. kam dann der Kollege und "Genosse" Würzberger und grüßte: "Gelobt seist Jesus Christus!" Ein anderer antwortete: "In Ewigkeit amen." Der erstere sagte nun: "Wir müssen jetzt wieder einen Schwefelrösel aufhängen weil dieser "schwarze Bruder" da ist." Er liebenswürdig wurde unser Kollege mit den Namen "Christ-er Hund", "Schuß" und "Lump" und ähnlichen Titulaturen belegt. In Freiburg antwortete der Wahl eine größere Zentrumsver-ammlung stattfand, wurde unserem Kollegen gesagt: "Heute habe ich ja die Versammlung; da gehst du doch auch hin?" Als unser Kollege ihnen nun sagte, daß die Gewerkschaft mit einer politischen Partei nichts zu schaffen habe und daß sie alt genug seien, um sich selbst zu wissen, wurde diese Verteidigung als Freiheit erachtet. Sobald unser Kollege sich zu verteidigen wagte, war es regelmäßig von dem "Genosse" Würzberger zu hören: "Wir wollen einmal sehen, ob wir mit dem schwarzen Bruder nicht fertig werden; da hören wir alle auf." "Genosse" Mathes antwortete: "Ja, das hat's gleich." Als die Mitarbeiter eines Abends die politische Situation besprachen, machte Würzberger, dem er auf unseren Kollegen zeigte, die Bemerkung: "Da muß man dann nur noch so ein borniertes Kindvieh haben, wie dort das an der Bank steht." Unser Kollege fragte nun: "Reinst du damit mich?" Würzberger: "Ja, in dem Fall bist du ein borniertes Kindvieh!" Am Samstag Morgen wurde es dann ein Neuzugeworbener. Einer der Freiheitshelden machte unter anderem die Bemerkung: "Solche Paffenstücke, die nach Rom gehen und dem Papste die Füße küssen!" Unser Kollege machte darauf die Bemerkung, daß er als Handwerksburche ganz Italien schwandert habe, selbst aber nicht dem Papste die Füße geküßt habe und auch keine anderen dieses hätte tun sehen. Die ver-derbensten Schimpfworte waren die Antwort auf seine Ver-eidigung sprang ein "Genosse" hinzu, sagte unseren Kollegen an er Brust und drohte ihn niederzuschlagen, wenn er noch ein Wort sage. Bei diesem allgemeinen Tumult erschien der Ge-richtsföhrer. Er wandte sich mit der Frage, was los sei, an unseren Kollegen. "Genosse" Würzberger trat als Sprecher vor und sagte, daß unser Kollege nicht einmal Füllungen verpugnen solle usw. Der Kollege erklärte nun dem Geschäftsföhrer um was es sich handele. Er sei schon vom ersten Tage an deschimpft worden weil er christlich organisiert sei. Er rechnete diejenigen, die ihm alle möglichen Schimpfnamen ge-ben hätten, sowie auch denjenigen, der ihn an der Brust gefaßt und mit Prügel bedroht hätte. Als er dann noch sagte, daß Würzberger schon ein paarmal mit gemeinlicher Arbeitsnieder-legung gedroht hätte und zum Schluß die beanstandeten Fül-lungen zeigte, wurde dem Kritiker der Füllungen vor allen Kollegen gesagt, daß er keinen Grund habe, so vorzugehen. Er sei schon so viel verpugt, daß er ruhig sein dürfe. Vom Geschäftsföhrer wurde die Arbeit nicht beanstandet. Der "Kuch-lege" und "Genosse" Würzberger mit seinem Anhang mußte sagen lassen, daß sie sich als organisierte Arbeiter schämen wüßten, so vorzugehen. Sie sollten die Gegenstände nicht allzufehr verschärfen. Um 12 Uhr Mittags drohte Würzberger unserem Kollegen mit den Worten: "So Würschle, jetzt ist keine Arbeits-zit; nun wollen wir einmal ein Wortlein reden. Die Bude hat"

bu durcheinandergebracht. Das ist dir gelungen. Wir treffen uns noch an einem anderen Ort; dann sprechen wir ein anderes Wort." Mittags folgte wieder der übliche Gruß „Gelobt seist du Jesus Christus“ und am Abend bekam unser Kollege seine Ent-laffung. Auf seine Frage warum er denn entlassen werde, wurde ihm die Antwort: „Die da hinten geben ja doch keine Ruhe.“ Verschiedene Christliche hätten schon bei der Firma gearbeitet, wären aber nach ein paar Tagen gekommen und hätten aufgehört, weil sie nicht arbeiten könnten. — Fürwahr, schöne Früchte zeitigt die Erziehungsarbeit, der großartigen Bewegung zur Befreiung des vierten Standes“. Den vierten Stand befreit die großherzoglich badiische Sozialdemokratie, indem sie seine Angehörigen im wirtschaftlichen Leben unmöglich macht, damit um so größerer herrscht der sechste Stand, die Kanaille.

Gewerkschaftliches.

Nachläge zur Augsbürger Schächlerbewegung. Nun haben es die roten Führer der Augsbürger Schächlerbewegung gerichtlich bestätigt erhalten, daß sie durch ihr Verhalten nicht uns, vielmehr sich selbst und ihre Bewegung geschädigt haben. Um vor der breiteren Öffentlichkeit in günstigerem Lichte zu erscheinen, wurde in der roten Tagespresse über unsere Augsbürger Kollegen und gegen den Bezirksleiter, Kollegen Schwarz, weidlich geschimpft. Im allgemeinen kümmert uns das Geschimpfe der sozialdemokratischen Zeitungen recht wenig; diesmal wurde indes ein Exempel statuirt. Die Führer der Bewegung unsererseits wurden vom Augsbürger Genossenblatt Verräter und beteiligte Kollegen Streibbrecher beschimpft. Wegen dieser vollkommen unberechtigten Vorwürfe wurde Klage beim Amtsgericht Augsburg gestellt. Das Resultat: der Redakteur Simon von der roten „Schwäbischen Volkszeitung“ unternahm nicht einmal den Versuch, die Vorwürfe zu beweisen, sondern entschuldigte sich damit, daß er die Artikel nicht geschrieben habe. Daraufhin mußte Simon, um einer Verurteilung zu entgehen, folgenden Vergleich ein-gehen:

- 1. Der Privatbeklagte Simon nimmt die beleidigenden Ausdrücke mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück und erklärt ins-besondere, daß die Vorwürfe „Streibbrecher“ und „Arbeiter-verrat“ vollkommen unbegründet sind.
- 2. Privatklage und Strafantrag wird zurückgenommen.
- 3. Den Privatklägern wird die Befugnis eingeräumt, gegen-wärtigen Vergleich auf Kosten des Beklagten je einmal in der „Schwäbischen Volkszeitung“ und der „Neuen Augsbürger Zeitung“ öffentlich bekannt zu machen.
- 4. Privatbeklagter Georg Simon trägt die in der Sache er-wachten, einschließlich der dem Privatkläger erwachsenen Kosten.

Damit fanden die unberechtigten Vorwürfe ihre Sühne. Zu bemerken ist nur noch, daß der „Streit“ der Genossen, wie vorauszusetzen, vollständig nutzlos war, und die sozial-demokratischen Verbände nun doch unter dem von uns ab-geschlossenen Vertrag arbeiten.

Das Ende der Tabakarbeiterausperrung. Zu Anfang der vorigen Woche hat die große Tabakarbeiter-Ausperrung in Westfalen und Norddeutschland ihr Ende gefunden. Dieser große Kampf hat fast ein Vierteljahr ange dauert und wurde von beiden Seiten mit der größten Ausdauer und Hart-näckigkeit geführt. Schon dieser Umstand läßt darauf schließen, daß hier um ein großes Ziel gekämpft wurde. Wenn auch der äußere Anlaß sehr geringfügiger Natur war, so kam in dieser von den Arbeitgeberern verhängten Ausperrung doch der allgemeine Entwicklungsgang zum Ausdruck. In der Tabak-industrie haben sich die Unternehmer erst in den letzten Jahren zusammengeschlossen. Der Westfälische Fabrikantenverband gehört zu den bestorganisierten in diesem Berufe. Der Kampf vor also eine Folge der organisatorischen Entwicklung im Tabakgewerbe. Dem Abschlusse der Ausperrung gingen lang-wieriger Verhandlungen voraus, die von dem Landrat in Minden, Herrn Dr. Cornelissen mit großem Geschick geführt wurden. Das Endergebnis ist so ausgefallen, daß die Tabak-arbeiter mit dem Erfolg sehr zufrieden sein können. Die Ausperrung war unternommen worden, um die in zwölf Betrieben streikenden Arbeiter zu zwingen, unter den vom Fabrikantenverband diktierten Bedingungen wieder in die Betriebe zu gehen. Nunmehr sind in diesen Betrieben eine ganze Anzahl von Bewilligungen gemacht worden und darüber hinaus ist in Aussicht genommen, daß bis zum Frühjahr die Fabrikanten der Diegelung der Lohnfrage näher treten, sobald also nicht nur die streikenden Arbeiter in den Genuß von Verbesserungen gelangen sollen, sondern auch die ausgesperrt gewesenen. Dazu kommt, daß nicht nur die beabsichtigte Schwächung der Organisation nicht erreicht worden ist, sondern es sind ganz gewaltige Fortschritte in dieser Hinsicht gemacht worden. So stellt sich dieser Erfolg der Tabakarbeiter, an dem der christliche Tabakarbeiterverband hervorragenden Anteil hat, als ein bedeutender Schritt vorwärts dar. Die christ-lichen Tabakarbeiter sprechen allen Kollegen anderer Berufe, die zum Seligen des großen Kampfes beigetragen haben, ihren wärmsten Dank aus.

Die angestrebten Amerikaner. Im November v. J. tagte in Amerika der Kongreß des amerikanischen Gewerk-schaftsbundes („American Federation of Labor“). Auf diesem Kongreß erstattete der erste Vizepräsident des Bundes, James Duncan, Bericht über die internationale (sozialdemokratische) Gewerkschaftskonferenz in Budapest. Er berichtete auch über seine „Beobachtungen“ im Deutschen Reich, und da hat er über die deutschen christlichen Gewerkschaften nach der „Leipziger Volkszeitung“ (Nr. 284 vom 6. Dez. 1911) folgendes „beobachtet“:

„Im Deutschen Reich wie in anderen Staaten des europäischen Festlands gibt es fogen. Arbeiterorganisationen, die sich den Namen christliche Gewerkschaften beilegen. Zum Glück sind sie numerisch schwach. Sie werden, soweit ich zu beurteilen vermag, von dem Klerus großgepäpelt. Die Beiträge sind gering; sie machen ungefähr ein Fünftel dessen aus, was die Mitglieder der (freien) Gewerkschaften zu bezahlen haben. Unbestrittenmaßen nimmt diese Gesellschaft (d. h. die christ-lichen Gewerkschaften) je nach den Weisungen der Geistlichkeit an den im Interesse der Arbeiterschaft geföhrten Kämpfen teil oder

hält sich von denselben fern. Das ist schon arg genug, aber noch schlimmer ist der Umstand, daß sich die Christlichen zu Streib-brechern hergeben, wenn der sie beherrschende Klerus es gebietet, weil er die Ziele der fraglichen Arbeiterbewegung mißbilligt.“

So Mister Duncan. Natürlich hat der Mann nichts selbst beobachtet, sondern ist von deutschen Sozialdemokraten ech-amerikanisch belogen worden. Wer wirklich Meinungen von auferkanisch anzunehmen hat, das hat sich beim Berliner Maschinenmeisterkonflikt gezeigt. Wenn der Amerikaner Duncan wirklich so naiv gewesen ist, sich diesen Bären aufbinden zu lassen (was nämlich die sozialdemokratische Presse aus dem Ausland berichtet, ist der Unkontrollierbarkeit wegen mit noch größerer Vorsicht aufzunehmen), dann wäre er besser in seiner Heimat geblieben und hätte Büffel gejagt -- falls es noch welche gibt. Wenn man ihm sagt, es gäbe diese noch, wahrscheinlich glaubt er auch das.

Sozialdemokratischer Festklimbin und Massenabend. Sozialdemokratische Partei und Gewerkschaften werden immer geföhrlicher in der Wahl ihrer Agitationsmittel. In neuerer Zeit wird mit Vorliebe an das Tanzbein „apelliert“. So macht beispielsweise die sozialdemokratische „Münchener Post“, (Nr. 281, 1911) bekannt, daß die „freien“ Gewerk-schaften in Nießbach einen sechswöchigen Tanzkursus veranstalten, auf den die jungen Leute insbesondere hingewiesen werden. In Nr. 286 und 289 des „Vormarsch“ vom 7. und 10. Dezember wurden im Inzeratenteil die sozialdemokratischen Männer und Frauen des dritten und sechsten Wahlkreises zur öffentlichen Wahlversammlung mit anschließendem gemütlichen Beisammeln-stein mit Freitanz in der Gewerkschaftshaus ein-geladen. Die „Gewerkschaft“, das Organ des sozialdemo-kratischen Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter, verkündet in ihrer Nr. 51, 1911, daß die Filiale Groß-Berlin vom 13. Januar bis 2. März d. J. sieben große Maskenbälle veranstaltet mit „Prämierung der schönsten Damenmasken und der originellsten Herrenmasken“. Am 9. März folgt dann noch ein großes Alpenfest mit zwei Musikkapellen. „Erst erscheinen im Tiroler Kostüm erwünscht“ und wiederum „Prämierung von zwei der originellsten Kostüme“.

Wie ist dieser unmäßige Festtrummel mit dem sonstigen Geschehen der Sozialdemokratie über Rot und Geld, Leuerung und Hungersnot zu vereinbaren? Ist es nicht ein blutiger Poß, daß in derselben Nummer des sozialdemokratischen Staats- und Gemeindefacharbeiterorgans, wo die acht Tanzlustbarkeiten publiziert werden, bewegliche Klagen zu finden sind, wie: „armelige Existenzmöglichkeit“, „Kampf gegen Not, Krankheit und frühen Tod“, „schmales Einkommen der Familienmitglieder“ ujm. Merken denn die sozialdemo-kratischen Demokraten nicht, daß diese Klagen nicht

Soziale Rundschau.

Soziale Wahlen. Die Vertreterwahlen zur Ortskrankenkasse für Handwerker in München-Gladbach trachten der christlichen Liste 146 und der sozialdemokratischen 69 Stimmen. Bei der Wahl von sieben Vorstandsmitgliedern der Arbeiter-pensonskassen der bayerischen Eisenbahner wurden vier Mitglieder von der Liste des bayerischen Eisenbahnerverbandes gewählt. Der sozialdemokratische Verband, der bisher fünf Vertreter hatte, erhielt nur noch zwei. Ferner wurden noch 11 Ersatzleute und 11 Schiedsgerichtsbeisitzer von der Liste des bayerischen Eisenbahnerverbandes gewählt. Bei den am 13. Januar stattgefundenen Berggewerbegerichts-wahlen wurden im Wurmrevier (Machener Revier) in sämtlichen Abteilungen die Kandidaten des Gewerkevereins christlicher Bergarbeiter gewählt. Die Stimmenzahl hat sich seit der letzten Berggewerbegerichts-wahl im Oktober 1910 zugunsten des Gewerkevereins christl. Bergarbeiter verschoben.

Staatsarbeiter und Reichstagswahl. Die Sozialdemo-kratie sucht mit Hienemleiß immer neue Rekrutierungsgebiete zu erobern. Bei dem diesmaligen Reichstagswahlkampfe hat sie es besonders auf das große Heer der Staatsbeamten und Staatsarbeiter abgesehen. Mit der Wahl agitation verknüpft wurde seitens der Sozialdemokratie zugleich eine maßlose Heße gegen die deutschen Staatsbeamten und Staatsarbeiterverbände, die auf nationalem Boden stehen. Aus diesen Gründen heraus wurde fast gleichzeitig vom Vorstande des Verbandes der deutschen Staatsbeamtenvereine und vom Vorstande des nationalen Arbeiter-Wahl-Ausschusses eine Rundgebung aller nationalen Staatsbeamten und Staatsarbeiter gegen die Sozialdemokratie angeregt. (Dem nationalen Arbeiter-Wahl-Ausschuß gehören die evangelischen Beamten der christlichen Gewerkschaften und die Sekretäre der evangelischen Arbeiter-vereine an. Vorsitzender ist Kollege Guttsche, Elberfeld). Am Sonntag, den 7. Januar tagte in Berlin dieserhalb eine Konferenz von Vertretern deutscher Staatsbeamten und Staats-arbeiterverbände. Nachfolgender Aufruf wurde beschlossen:

Der 12. Januar ruft auch die Beamten und Arbeiter des Reiches und der Bundesstaaten zur Wahlurne. Als freie Männer sollen sie das vornehmste Recht des Staatsbürgers, das Wahlrecht, ausüben. Verbunden nur durch Pflicht und Gewissen, geleitet durch gereiten, politischen Sinn. Daraus ergibt sich für den Beamten ohne weiteres seine Stellung. Sein Dienst wird wehrt ihm schließlich die Wahl eines Gegners der bestehenden Staats-ordnung. Man lasse sich durch Spiegelschretereien nicht irre führen. Sid bleibt Sid! und Sidbruch bleibt Sidbruch! Wer den Dienst geschworen hat, kann also, solange er im Amte ist, einen Sozialdemokraten nicht wählen.

Aber auch aus Gründen politischer Klugheit und Erfahrung gehört der sozialdemokratische Stimmzettel weder in die Hand des Beamten noch des Staatsarbeiters; denn was ihnen auf religiösem, sittlichem, kulturellem und wirtschaftlichem Gebiete teuer und wert ist — die Sozialdemokratie will es zerstören. Was auch immer auf sozialem Gebiete für Arbeiter und Beamte errungen wurde — die Sozialdemokratie hat es zu verhindern gesucht oder durch unfruchtbare Politik erschwert. Arbeitern und Beamten hat sie kein Brot, Versprechungen und Betrübnungen statt

sozialer Taten, Verhegung statt Bekämpfung geboten. Blind zu sein für die politischen Forderungen des Tages verweigert sie...

Die rote Flut steigt höher und höher. Es gilt, ihr einen unerfüllbaren und unübersteiglichen Damm entgegen zu setzen. Der feste Kern dieses Damms muß die unwandelbare Treue zu Kaiser und Reich, zu Fürst und Vaterland bilden...

Der jüdische und elsaß-lothringische Eisenbahnerverband haben sich diesem Aufruf, wie aus den Unterschriften hervorgeht, nicht angeschlossen. Möglicherweise folgert der bayerische Reichsminister von Frauendorf daraus eine politische Neutralität dieser Verbände...

Industriepolitik. Deutschland hat in den letzten Jahrzehnten sowohl seine Inlandsproduktion sehr stark gesteigert wie auch seinen Außenhandel. Es wurden an Steinkohlen gefördert 1878: 39,6 Millionen Tonnen, 1907: 143,2 Millionen Tonnen, an Braunkohlen 1878: 10,9 Millionen Tonnen, 1907: 62,5 Millionen Tonnen, an Rohstoffen:

Table with 3 columns: Jahr, Deutschland, England. Rows for 1880 and 1907.

Der Außenhandel Deutschlands ist angewachsen im Werte von 5956,8 Millionen Mark in 1872, auf 16076 Millionen Mark in 1910. Die Einfuhr in Deutschland besteht meistens in Rohstoffen, die Ausfuhr dagegen meist in Fertigfabrikaten.

Die Sozialpolitik der Sozialdemokratie hat sich in ihrer arbeiterfeindlichen Unfruchtbarkeit ganz besonders bei der Beratung der Reichsversicherungsordnung gezeigt. Einen Wust von Anträgen, die einen in ihrer finanziellen Tragweite noch weitgehend als die anderen, hat sie gestellt...

Aus Arbeitgeberkreisen.

Außenkampf von oben. Die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“, das führende Organ der organisierten Unternehmer, wendet sich (Nr. 46, 12. November 1911) gegen die von hervorragenden Sozialpolitikern und Fremden des gewerblichen Friedens erstrebte Einrichtung eines Reichsberufungsamtes.

Denn lieber noch eine weitaus größere Verschärfung der Arbeitskampfe, als sie bis heute schon bestanden war! Klaffen die deutschen Unternehmer unter ihrem Druck — und es wird das sicherlich nicht mehr lange ausbleiben — zu der vollen Beschäftigung auf, die ihnen in Beziehung zu Gebote steht, dann wird es ihnen noch allem gelingen, dem Segen auf dem Arbeitsmarke zum letzten Ende aus eigener Kraft den Reichtum beizubringen, den sie im Hinblick auf ihre Bedeutung für das Nationalwohl unbedingt zu verdienen haben.

Dieser Kampffanfare gegenüber muß es höchst sonderbar anmuten, wenn dieselben Unternehmer oder ihre Vorführer nicht müde werden, über die „Streikluft der Arbeiter“, über die Zunahme und Verschärfung der Arbeitskämpfe zu lamentieren. Gesehlich sanktionierte Einigungsämter lehnen sie schroff ab, aber gesetzliche Maßnahmen zur Bahmlegung der Gewerkschaften fordern sie in einem fort.

Die Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände hielt am 9. Dezember in Berlin unter dem Vorsitz des Landrats a. D. Rötger ihre diesjährige Jahresversammlung ab. Nach dem vom Syndikus Dr. Längler erstatteten Geschäftsbericht sind der Hauptstelle im Berichtsjahr vier Arbeitgeberverbände neu beigetreten, im ganzen gehören ihr an 101 Unterverbände mit 6656 Betrieben und 1051002 beschäftigten Arbeitern.

„Ranche Kämpfe haben die Wirkungen der Tarifverträge in neue Beleuchtung gesetzt. In dem Streik im Berliner Zeitungsgewerbe sind nicht nur die Gehilfen unter Kontraktbruch in den Ausstand getreten, sondern es hat auch der Verband der Berliner Buchdrucker und Schriftsetzer das Urteil des Tarifamts mißachtet und Maßnahmen für nötig erachtet, daß künftighin derartige „unhaltbare“ Urteile unterbleiben sollten. Die Gewerkschaften belägen den Tarif vielfach nur als Mittel, um ein Arbeitsmonopol für sich zu erlangen. Dies hat sich jetzt wieder bei der Erneuerung des Buchdruckerlarifs gezeigt, wo der sozialdemokratische Gehilfenverband jede Mitwirkung der andersorganisierten Arbeiterschaft an der Verwaltung unterdrückt hat.“

Ein erneuter drastischer Beweis dafür, daß die Intoleranz und Herrschsucht der sozialdemokratischen Verbände den Gegnern der Gewerkschaftsbewegung die wirksamsten Waffen liefern. Hier bestätigt sich, was wir schon so oft gesagt haben: Wer, wie die sozialdemokratischen Gewerkschaften, die Tarifverträge nicht als Selbstzweck betrachtet, sondern als Mittel zur Befriedigung egoistischer Organisationszwecke mißbrauchen will, untergräbt die Gewerkschaftsarbeit und schädigt die Interessen der Arbeiterschaft.

Ebenso liegen auch die Verhältnisse betreffs des Koalitionsrechts der Arbeiter, das durch nichts mehr gefährdet wird, wie durch die Uebergriffe sozialdemokratisch organisierter Arbeiter, durch den von dieser Richtung ausgeübten Zwang und Terrorismus. Auf der Jahresversammlung der Hauptstelle Deutscher Arbeitgeberverbände ist dieses Kapitel natürlich nicht übergangen worden. Generalsekretär Steller vom Verein der Industriellen des Regierungsbezirks Köln hielt einen Vortrag über Streikpostenlegen und Arbeitswilligenjagd, der auf die Forderung hinwirkte, daß in das neue Strafgesetzbuch ein Verbot des Streikpostenlegens aufgenommen werden müsse. Steller empfahl ferner die Förderung der gelben Werkvereine, die ebenfalls das Streikpostenlegen beseitigen wollten. Diese bedürften „gegenüber den fest geschlossenen Gewerkschaften eines starken Rückhalts zur Erhöhung ihrer Widerstandskraft gegen die gewerkschaftliche Zwangs-Schreckensherrschaft.“ In dieser Frage nahm die Unternehmerversammlung folgende Entschliessung an:

„Die Delegiertenversammlung der Hauptstelle Deutscher Arbeitgeberverbände spricht dem Zentralverband Deutscher Industrieller ihren Dank aus für das entschiedene Eintreten zum Zwecke der endlichen Herstellung der Freiheit der Arbeitswilligen gegenüber dem Terrorismus der gewerkschaftlichen Organisation und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß endlich unsere Gesetzgebung und Verwaltung der Bedeutung dieser Freiheit das im Interesse der Aufrechterhaltung der Konkurrenzfähigkeit unserer Industrie notwendige Verständnis entgegenbringt.“

Die Schatzmacher in der Hauptstelle Deutscher Arbeitgeberverbände machen sich die Sache ebenso leicht wie die vom Zentralverband Deutscher Industrieller. Sie wettern gegen den sozialdemokratischen Terrorismus, verlangen aber Arbeitsgesetze gegen die gesamte Arbeiterbewegung, kennzeichnen ihnen alle selbstständigen Arbeiterorganisationen ein Dorn im Auge sind; nur die gelben Vereine finden als milde Gnade vor ihren Augen. Und weil dem so ist, können die christlichen Gewerkschaften den diebezüglichen Bestrebungen des Unternehmertums nach wie vor nur den härtesten Widerstand entgegen setzen. Wir danken für gesetzliche Bestimmungen, die angeblich den sozialdemokratischen Terrorismus brechen, in Wirklichkeit aber die praktische Gewerkschaftsarbeit schachtmatt legen sollen. Wenn

es den Unternehmern nur um die Bekämpfung sozialdemokratischer Uebergriffe zu tun wäre, dann dürften sie in alle Gewerkschaftsrichtungen in einen Topf werfen, da sollten sie vorerst auch mal in ihren eigenen Reihen da sorgen, daß sich keine Unternehmer beim Abschluß von Tarifverträgen auf sozialdemokratische Monopolforderungen einlassen würden. So ist das Gebaren der Unternehmer bei allzu durchsichtlichen, den roten Bauwan bemutet man, um ganze Arbeiterbewegung zu treffen.

In der christlich-nationalen Arbeiterschaft aber muß die Erbitterung gegen die Sozialdemokratie immer mehr steigern, die mit ihrer terroristischen und monopolistischen Gewalttätigkeit dem Scharfmachtum den Resonanzboden diese Anschläge gegen die Koalitionsfreiheit der Arbeiter geschaffen hat.

Aus dem gewerblichen Leben.

Vollzufuhr aus dem neuen Kongogebiet. In einer Versammlung des Vereins Ostdeutscher Holzhandler und Industrieller (Sektion für den Handel mit überseeischen Hölzern Berlin) behandelte der Syndikus dieses Verbandes M. Bümann den Wert der neu erworbenen deutschen Kongogebiete für die Deckung des Bedarfs Deutschlands an überseeischen Hölzern. Der Referent kam auf Grund französischer Berichte sowie der Berichte über die Expeditionen der Professoren Jentsch und Büngen 1909/10 und der Expedition des Prof. affessor Reeder, Buea, Dezember 1910 bis April 1911, speziell durch Gebiete in Französisch-Kongo und Spanisch-Guinea zu dem Schluß, daß in dem spitzwinkligen Dreieck das vor Französisch-Gabun abgeschnitten sei, reiche Bestände Nuthölzern vorhanden seien, insbesondere an Okumeeholz, das schon jetzt einen ganz hervorragenden Exportartikel aus Französisch-Gabun bildet. Nach Feststellungen des Forstassessors Reeder kommt Okume vor bis zur Höhe von Bata in Spanisch-Guinea während dieses Holz in Kamerun selbst fehlt. Die Arbeits- und Transportverhältnisse sind verhältnismäßig nicht ungünstig. Alles in allem glaubte Referent für die Entwicklung eines Holzaustrahls aus den neu erworbenen Gebieten günstige Aussichten ersehen zu können. Notwendig werde es sein, daß seitens der Regierung Entgegenkommen gezeigt werde. In allem müsse aber die Seefracht weit billiger werden, als zurzeit sei. Welche Bedeutung das Okumeeholz, das in der Möbelindustrie Verwendung findet, schon jetzt für Deutschland Holzhandel und Holzindustrie hat, geht daraus hervor, daß in Hamburg 1909, 1910 und 1911 19044, 24132 und 58873 Blöcke importiert wurden. Ein Block wiegt durchschnittlich 12 Doppelzentner. Neben diesem wichtigsten Holz kommen zahlreiche andere Hölzer in Betracht, die mit der Zeit zu wertvollen Exportartikeln werden können.

Die Vereinigten Fabbriken A. S. in Raffel, And nach a. Rh. und Hamburg schließt das Geschäftsjahr 1910/11 wieder mit einem Verlust ab und verteilt keine Dividende.

Holzindustrie Hermann Schütt A. S. in Gierst Weßeln. Das Unternehmen, das im abgelauteten Geschäftsjahre einer durchgreifenden Sanierung unterzogen wurde, kann diesmal zum ersten Mal nach zehnjähriger Unterbrechung eine Dividende zur Verteilung bringen. Der Reingewinn betrug 75824 Mk., die Dividende 5 Prozent. Ueber die Ausdehnung heißt es im Bericht der Gesellschaft: „Das neue Geschäftsjahr hat sich zufriedenstellend entwickelt, wir sind bis jetzt voll beschäftigt gewesen und rechnen trotz erheblichen Anziehens der Rohholypreise auf ein befriedigendes Resultat. Veranlassung hierzu gibt uns besonders auch die recht vorsichtige Bewertung unserer Bestände.“

Zum Zusammenschluß der Breslauer Waggonfabrik wird berichtet, daß von der Gründung einer Pachtgesellschaft Abstand genommen werden soll. Es sind nunmehr Verhandlungen über den Zusammenschluß beider Gesellschaften zur Bildung einer Interessengemeinschaft oder Verschmelzung eröffnet worden.

Gebrüder Schöndorff A. S. in Düsseldorf. Die Hauptversammlung setzte die Dividende auf 8 Prozent fest und genehmigte die Erhöhung des Aktienkapitals um 500 000 Mk. auf 3 000 000 Mk.

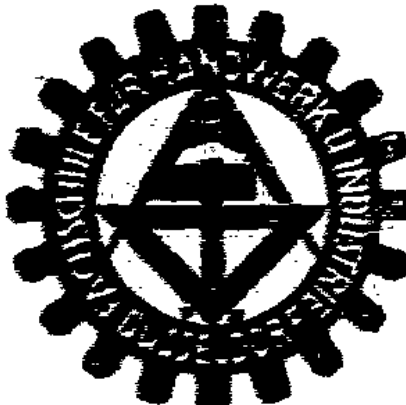
Briefkasten.

Billigen. Es werden nur im Mitgliedsbuche eingetragene Marken verrechnet.

Böhm. Nur bei Angabe des Namens und der Adresse folgt Antwort. Anonyme Anfragen gehen in den Papierkorb.

Zahlstellen, die den Aufenthalt des Kollegen Füssel (Bd. nummer 65 138) kennen, werden um Mitteilung der Adresse an die Ortsverwaltung Essen unseres Verbandes ersucht.

Staatl. unterstützte städtische Fachschule für Handwerk u. Industrie Düsseldorf. Tageskurse für Schreiner.



Der Unterricht umfasst wöchentlich 44 Stunden (20 Std. Theorie und 24 Std. Praxis). In jedem Monat neue Unterrichtsstunden (Zusammenfassung, Schreintechnik, gewerbliche Geometrie, Maschinenbau, Holztechnik, Holzmechanik u. a. m.). — Eintritt und Auslass kann jederzeit erfolgen. Schulgeld: 10. — Mk. pro Monat; für eine Vorlesung (6 Mon.) 40. — Mk. Aufnahmeverordnungen: mindestens zweijährige Praxis und Bekanntschaft des 17. Lebensjahres. Im Hinblick auf die kurze Dauer der Meisterprüfung abgelegt und das Meisterschloß in der Schule angebracht werden; die Schulzeit wird bei der Prüfung als Schreiner angerechnet. Anmeldungen und Auslassungen an die Direktion der Fachschule, Düsseldorf, Hauptstraße 67. Der Direktor: Jäger.

Eingelegte Fourniere für Nähtische, Schatullen u. Füllungen.

Rohrbojen gegen 20 Pfg. in Briefmarken. Zeitschriftliche Anfertigungsschreiben.

Carlach, Biller, Marquiers, Heidelberg, Theaterstraße 7.

Bleistifte, Metermaße Notizbücher

lieferen zum Verkauf in den Zahlstellen preiswert und gut. Muster-Sortiment von Bleistiften gegen Einsendung von 1 Mk. in Briefmarken. Lieferant der Zahlstelle Köln des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter.

H. MELCHERS, Köln-Nippes, Bülowstraße 17.

Jahrbuch 1912

Jedes Verbandsmitglied sollte im Besitze eines Jahrbuchs der christlichen Gewerkschaften für das Jahr 1912 sein. Außer wichtigen Abhandlungen gewerkschaftlicher, sozialer und sozialwirtschaftlicher Art enthält dasselbe Kalender, Adressblätter, Tabellen zur Einzelschätzung der Arbeitslosen, der Kranke, der Arbeitslosigkeit der Ausgaben für den Lebensunterhalt. Der Preis beträgt 50 Pfg. in bezuglich Form herangezogenen Jahrbuch beträgt 60 Pfg. In bezuglich durch jede Verbands-Zahlstelle.

Zählergesuch. Bezt. nicht auf Reichsbank, Möbel gut eingetragene Zähler finden bei gutem Lohn (Korrespondenz) dauernde Beschäftigung. Nähere Abschlüsse zu erfahren bei der Expedition dieser Zeitung.